

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Whf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 161

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behrden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Effertgebühren 10 Goldpfennig und Porto.

Halver
Montag, den 13. Juli

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“

1925

Heute die Beilage:
„Zeitgeschehen im Wochenbild.“

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die zweite Lesung des Aufwertungsgegesetzes hat im Reichstag begonnen.

* Oberbürgermeister Scheidemann wird sein Rücktrittsgesuch als Oberbürgermeister von Kassel einreichen.

* Die Französische Kammer bewilligte mit 411 gegen 29 Stimmen die von der Regierung geforderten Marokkorebete.

* Die Ristabylen haben die Eisenbahnlinie Marokko—Algier durchbrochen.

Sachverständige oder Interessenten?

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Zu Tausenden zählen die Sachverständigen, die jetzt bei der Beratung der zollpolitischen Vorlagen im Reichstag von den verschiedensten Seiten zu Rate gezogen sind. Schon bei der Beratung der Aufwertungsfrage wurde gleichfalls eine große Reihe von Sachverständigen vor den Aufwertungsausschuss des Reichstages geladen — und wer es damals noch nicht bemerkte, der konnte es jetzt mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit feststellen: diese Sachverständigen bringen Ansichten zum Ausdruck, die sich zum größten Teil einander in manchmal sehr erheblicher Schroffheit widersprechen. Dabei sei noch eins vorausgeschickt: wenn statt der Sachverständigen ebensoviele Engel vom Himmel herabsteigen und den Abgeordneten beispielsweise über die Notwendigkeit oder die Verderblichkeit der Schutzollpolitik mit Engelszungen Vorträge hielten, so würden sie wohl nicht einen einzigen der Abgeordneten von seiner Meinung abbringen können, mit der er in den Beratungssaal hineingegangen ist. Wieviel weniger kann das also den sogenannten Sachverständigen gelingen, bei denen man doch immer mehr oder weniger das Gefühl haben muß, daß es zweifellos zwar Sachverständige, aber doch auch Interessenten sind. Die Grenze ist gar nicht zu ziehen und ein Vertreter des Reichslandbundes wird sich als Sachverständiger ebensowenig gegen den Schutzoll ausprechen, wie der Vorsitzende der sozialdemokratischen Gewerkschaften sich dafür ausprechen wird. Beide verstehen zweifellos die Sache, die sie vertreten, ausgezeichnet, beide sind auch überzeugt, daß ihr Urteil im allgemeinen vaterländischen und wirtschaftlichen Interesse liegt, aber einer muß doch schließlich unrecht haben! Selbstverständlich werden die Urteile der Sachverständigen immer mit dem Ehrenwort des „wissenschaftlich“ belegt, wobei man sich allerdings nicht des lehrerischen Gedankens erwehren kann, daß nicht nur die Feststellungen der Wissenschaft ganz allgemein sehr problematisch und häufig nur von Tagesbedeutung sind, sondern daß diese Problematik in besonders großem Maße von der Volkswirtschaftslehre gilt, deren größter Vertreter 1914 seine Studenten lehrte, daß kein Krieg länger als drei Monate dauern könne, weil dann die kriegführenden Staaten kein Geld mehr hätten.

Sachverständige oder Interessenten? — Diese Frage hat ja jetzt auch bei der Auseinandersetzung über die Aufwertung im Reichstag eine sehr erhebliche Rolle gespielt. An der Aufwertung ist nach irgendeiner Richtung hin — und sei es auch nur hinsichtlich ihrer Folgen für das allgemeine Wirtschaftsleben — doch schließlich jeder interessiert. Interessiert ist auch jeder beispielsweise an den Steuern, die der Reichstag beschließen soll, interessiert ist jeder daran, ob wir eine Schutzollpolitik treiben oder unter Vorzugung des Konsumentenstandpunktes zum Freihandel übergehen sollen. Und die Sachverständigen sind schließlich am allermeisten interessiert, weil sie doch gerade wegen ihrer Sachkunde von den großen wirtschaftlichen Verbänden zu Führern berufen worden sind. Theoretisch ist es ja Aufgabe gerade der Reichstagsabgeordneten, die Interessen gegeneinander abzuwägen, aber — seien wir doch ehrlich! — ist ein solches objektives Abwägen überhaupt möglich? Gewiß wird jeder Reichstagsabgeordnete nach bestem Wissen und Gewissen handeln und entkräftet für sich den Anspruch erheben, gegebenenfalls sogar unter Zurückstellung der von ihm vertretenen Interessen objektiv zu urteilen und abzuwägen. Aber ob dieser Anspruch wirklich erfüllt wird, darin darf man doch wohl leisen Zweifel setzen. Es ist dieselbe Schieflheit wie jene theoretische Bestimmung, wonach jeder Abgeordnete Vertreter des ganzen Volkes sein soll. Auf diesen Verfassungssatz beruft man sich immer nur dann, wenn man als Abgeordneter von einer Fraktion zur anderen hinüberwechselt und dann sein Mandat nicht niederlegen will. Gerade weil sich schärfer als sonst im politischen Leben Theorie und Wirklichkeit widersprechen, ist es unsinnig, nur den Reichstagsabgeordneten, die Generaldirektoren eines Industriebetriebes ist, etwa allein als „Interessenvertreter“ zu bezeichnen, während doch beispielsweise der von der sozialdemokratischen Arbeiterkammer Gewählte sich gleichfalls als Vertreter seiner Klasse fühlt und nur für ihre Interessen eintreten wird. Im Reichswirtschaftsrat stimmt Theorie und Wirklichkeit etwas besser überein, weil hier die Interessenvertreter wirklich nur ihre Meinung als Vertreter eines Wirtschaftszweiges oder einer Klasse äußern. Deswegen gerade stehen dort die Debatten auf einem weit höheren Niveau als im Reichstag; denn dort treibt man keine parteipolitische Polemik, sondern die wirtschaftlichen Gegensätze prallen unverhüllt aufeinander. Daß die Mitglieder Sachverständige sind, ist ebenso zweifellos wie die Tatsache, daß sie Interessenten sind.

Gegen das Moskauer Fehlurteil.

Deutsche Vorstellungen in Moskau.

Berlin, 10. Juni.

Nachdem die Berichterstattung der Deutschen Botschaft in Moskau nunmehr den amtlichen Stellen vorliegt und Rechtsanwält Dr. Freund von ihnen gehört worden ist, ergibt sich über den Moskauer Studentenprozeß folgendes Bild:

Die Hauptbeschwerdepunkte, zu denen der Verlauf und das Ergebnis des Prozesses Veranlassung geben, liegen vor allem darin:

1. Bis zur Erhebung der Anklage sind alle Bemühungen der Deutschen Botschaft in Moskau, eine persönliche Besprechung mit den Angeklagten herbeizuführen, an dem Widerstand der Untersuchungsbehörde gescheitert.
2. Zwischen der Zustellung der Anklageschrift (19. Juni abends) und dem Termin der Hauptverhandlung (24. Juni abends) hat eine Frist von nur vier Tagen gelegen, eine Tatsache, die den Verdacht einer Sabotierung der Herbeischaffung von Beweismaterial nahelegt.
3. Der Umstand, daß die Bemühungen der Botschaft um Zulassung eines deutschen Anwalts als Verteidiger abgelehnt worden sind.
4. Die offensichtliche Unglaubwürdigkeit der beiden Kronzeugen Baumann und von Dittmar und des sogenannten Sachverständigen Neumann.

Beginn der Aufwertungsdebatte.

Deutscher Reichstag.

(91. Sitzung.) OB. Berlin, 10. Juni.

Der Reichstag beschloß zuerst gegen die Stimmen der Linken, die an erster Stelle der Tagesordnung stehende Fortsetzung der Beratung des Gesetzesentwurfes über die Ausübung des Rechtes zum

Tragen einer Militäruniform

an den Schluß zu setzen. Über diese Frage war es in der vorhergehenden Sitzung bereits zu wüsten Lärmzügen gekommen, nachdem sich der sozialdemokratische Abgeordnete Kuhn scharf gegen dieses Gesetz ausgesprochen hatte. Auf einen Vertagungsantrag des Abg. Dittmann (Soz.) hin, über dessen Annahme sich die Rechte und Linke des Hauses nicht einigen konnten, kam es zu großen Tumulten, denen Vizepräsident Vell machlos gegenüberstand. Nachdem der Etat des Reichstages in zweiter Lesung erledigt wurde, indem besonders die Beschaffung von Freijahrkarten für die Abgeordneten für die Postautolinien und die Dampferlinien auf dem Bodensee besprochen wurde, eine Novelle über den Verkehr mit Vieh und Fleisch dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss und der Entwurf eines vorläufigen Handelsabkommens zwischen Deutschland und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion an den Auswärtigen und Handelspolitischen Ausschuss überwiesen worden waren, trat das Haus in die zweite Lesung des Aufwertungsgegesetzes

ein. Dabei betonte als erster Redner der Abg. Keil (Soz.), daß das Gesetz mit seinen vielen Verschlechterungen gegenüber der Regierungsvorlage nur der Ausdruck des Willens der Kompromissparteien sei. Die Ungerechtigkeiten seien nicht beseitigt; die von den Sozialdemokraten gewünschte soziale Lösung des ganzen Problems sei an dem Widerstande der Kompromissparteien gescheitert. Der Redner polemisierte dann heftig gegen die Deutschnationalen, die ihr Wahlversprechen nicht halten würden. Das vorliegende Aufwertungskompromiß habe zwar kein Verständnis für die Not der betroffenen Altbesitzer, aber um so mehr für die der Inflationsgewinnler und Spekulanten. Der Redner betonte, daß die Sozialdemokraten die Streichung des Neubestehes sowie höhere Aufwertungsätze beantragen würden und verlangte zum Schluß eine Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse des einzelnen bei der Aufwertung.

Abg. Bergt (Dm.) erklärte, daß es ohne die Deutschnationalen überhaupt keine Aufwertung geben würde. Die sozialdemokratische Stellungnahme zur Aufwertungsfrage erkläre sich nur aus agitatorischen Gründen. Jetzt, wo die Deutschnationalen mit in der Regierung säßen, würde etwas geschaffen. Wenn man die Höhe der Aufwertung bemängelte, so solle man sich der

warnenden Stimme des Reichsbankpräsidenten

Dr. Schacht erinnern, der es nicht für ausgeschlossen gehalten habe, daß die schwere Zeit von 1923 wiederkommen könne. Der schwerste politische Fehler der letzten Jahre sei, daß die Aufwertungsfrage nicht schon vor dem Dawes-Abkommen geregelt worden sei. Erst die Deutschnationalen hätten erzwungen, daß prinzipiell die Notwendigkeit einer Aufwertung von der Regierung anerkannt worden sei. Es sei zuzugeben, daß die Deutschnationalen mehr erhofft, erwartet und erstrebt hätten als erfüllbar war. Die Deutschnationalen hätten auch ein Herz für die kleinen Rentner. Was hätte es aber genützt, wenn man den Sparern und Gläubigern 50 % bewilligt hätte und es wäre

Kann man also überhaupt sagen: Sachverständige oder Interessenten? Das zweite zu sein wird schon fast als Vorwurf betrachtet. Und doch glauben die Interessenten, daß bei Verfolgung der von ihnen vorgeschlagenen Politik das Interesse auch aller anderen Kreise gefördert wird. Ob es richtig ist oder falsch, darüber entscheidet ja doch schließlich erst der Erfolg oder der Mißerfolg.

Wuß daß sich allzu häufig nicht einmal die Sachverständigen darüber einigen können, ob ein Erfolg oder ein Mißerfolg vorliegt.

Mögen auch manche der erwähnten prozessualen Beeinträchtigungen im sowjetrussischen Strafprozeßrecht einen Rückschlag finden, so bleibt doch der Eindruck bestehen, daß man auf Seiten des Gerichts es an dem für das Gerechtigkeitsgefühl notwendigen Bestreben hat fehlen lassen, den Angeklagten die Beibringung von Entlastungsmaterial zu ermöglichen. Es kommt hinzu, daß die Angaben der Kronzeugen, nach denen das Gericht die terroristischen Absichten der Angeklagten für erwiesen erachtet, wegen ihrer völligen Unglaubwürdigkeit nach keiner Richtung hin als Stützen des Urteils dienen können. Selbst bei Würdigung der in Moskau herrschenden psychologischen Atmosphäre sowie des vom Verhandlungsleiter in der Prawda zugegebenen Klassenkampfcharakters der sowjetrussischen Justiz, und wenn auch die Angeklagten sich gewisser Vergehen schuldig gemacht haben und das ihnen zur Last Gelegte nicht völlig zu entkräften vermochten, ist das Urteil doch als ausgesprochenes Fehlurteil zu betrachten.

Die Deutsche Regierung wird daher unter Hinweis auf die ernste Belastungsprobe, die die deutsch-russischen Beziehungen durch das Vorgehen der Sowjetbehörden erleiden, die Verhandlungen, die bereits schriftlich und mündlich in Berlin und Moskau mit der Sowjetregierung im Gange sind, in dem Sinne weiter betreiben, daß die Vollstreckung des Fehlurteils unterbleibt.

wieder eine Inflation

gekommen? Wenn trotzdem hier und da noch etwas mehr für die Aufwertung getan werden können, so sei es an dem Widerstande der Regierung gescheitert und diesen Widerstand, der sachlich keine Begründung hätte, hätte man achten müssen. Die Stellungnahme der Deutschnationalen sei das Ergebnis einer genauesten Gewissensprüfung. Man hätte nicht diese Regierung stürzen können, weil

die Koalition für Deutschlands Zukunft erforderlich

sei. Wenn man auch, so schloß der Redner, mit dem Ergebnis des Aufwertungsgegesetzes nicht ganz zufrieden sein könne, so hätten die Kompromissparteien doch eine ganze Menge für die Gläubiger herausgeholt, aber 78 Milliarden Anleihen zu 100 % aufzuwerten, also das deutsche Volk mit 78 Milliarden zu belasten, wäre Wahnsinn. (Lärm und lebhafteste Unruhe links und rechts.)

Abg. Dr. Schetter (Ztr.) meinte, die jetzt vorliegenden Aufwertungsgeetze seien ein Teil des Problems des Gesamtanbaues. Dieser solle keineswegs etwa auf alleinige Kosten der Gläubiger erfolgen. Die Wirtschaft brauche aber zu ihrer Gesundung eine schnelle und klare Lösung der Aufwertungsfrage, um wieder sicher kalkulieren zu können. Gegen das Unrecht der 3. Steuernotverordnung, die Hypotheken nur zu 15 % aufzuwerten wolle, hätte Front gemacht werden müssen. Eine individuelle Aufwertung, die die einzige gerechte Form gewesen wäre, hätte eine

ungeheure Verwirrung in Wirtschaft und Staat

herborgehoben. Würde man 65 Milliarden Hypotheken und 5 Milliarden Industriebankguthaben auch nur zur Hälfte wiederherstellen, so hätte die Wirtschaft dafür bei 5 %iger Verzinsung jährlich 3,5 Milliarden Zinsen auszubringen, was jetzt unmöglich sei.

Die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe ist vielfach aufgehoben. Der Aufwertungsatz hätte deshalb nicht zu hoch getrieben werden dürfen. Die jetzige Lösung sei zwar unbefriedigend, aber es hätte nicht mehr herausgeholt werden können.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Vp.) betonte, daß es sein Bestreben gewesen sei, in der Aufwertungsfrage auszugleichen zwischen Wirtschaft und radikalen Aufwertungsverbänden. Die Wirtschaft hätte einen dicken Strich unter die ganze Sache machen wollen. Das hätte er für ganz unmöglich gehalten, weil es dadurch unzweifelhaft

zu einer Revolution gekommen

wäre. Schon diese Überlegung zwänge zum Überbrücken der gegenwärtig herrschenden gewaltigen Kluft im Volke durch ein Kompromiß. Der Deutsche Entwurf sei eine juristisch logische, aber praktisch undurchführbare Vorlage, schon deshalb, weil er die endgültige Festsetzung der Quote bis 1932 hinauschieben wollte, was für die deutsche Wirtschaft untragbar sei.

Abg. Koch-Weser (Dm.) gab im Namen seiner Partei eine Erklärung ab, die in den Satz hinausläuft, daß die Demokraten die Verantwortung für die Bestimmungen dieses Gesetzes reiflos den hinter der Regierung stehenden Parteien zuschieben und daß sie der Verabschiedung des Aufwertungsgegesetzes ihre Zustimmung verweigern.

Auf der Rednerliste standen dann noch die Abg. Jörissen (Wirtsch. Vag.), Eminger (Bayer. Vp.), Dr. West (Völk.) und Dr. Korsch (Komm.).

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Bericht des Generalagenten für Reparationen.

Der Junibericht des Generalagenten für Reparationen in Berlin über die auf Reparationskonto eingelangten Zahlungen weist eine Einnahme von 40 076 934,71 Goldmark gegen eine Ausgabe von 61 730 982,49 Goldmark auf. Die Einnahmen aus der deutschen Auslandsanleihe belaufen sich allein auf über 40 Millionen Goldmark. Bis zum 30. Juni sind im ganzen 780 202 011,43 Goldmark eingegangen und 754 291 883,12 Goldmark ausgegangen.

Ärzte auf dem Beugenstand.

Es wird nun eine Reihe von Klinikern und Ärzten, die Angerstein und seine Frau behandelt haben, vernommen. Prof. Soetbeer-Gießen hat Frau Angerstein seit 1922 wegen chronischen nervösen Darmatarrhs behandelt. Von Zeit zu Zeit sei eine Besserung eingetreten, der dann wieder plötzliche unerklärliche Verschlimmerungen folgten. Prof. Spiehs-Frankfurt a. M. hat gleichfalls Frau Angerstein behandelt. 1893 habe sie eine so große Abmagerung erlitten, daß der Gedanke an Tuberkulose nahe lag; es konnte dies jedoch nicht erwiesen werden. Dr. Kaiser-Dillenburg hatte Frau Angerstein bei mehreren Fehlgeburten behandelt und keine körperlichen Gründe für die Fehlgeburten finden können. Er hatte den Eindruck, daß das Ehepaar den Wunsch nach Kindern hatte. Prof. Weidt-Gießen stellte bei Frau Angerstein eine rein nervöse Erkrankung fest. Was Angerstein selbst angeht, so erklärt einer der Ärzte, daß er als Kind an Hauttuberkulose gelitten habe, und daß ihm dann wegen einer Tuberkulose der Rippenknochen eine Rippe entfernt worden sei.

Saatenstand im Reiche Anfang Juli.

Das bereits im Mai herrschende warme und trockene Wetter hielt überall noch bis Mitte Juni an. Erst dann gingen bei ziemlich starker Abkühlung zunächst in Nord- und Mitteldeutschland, wenige Tage später auch im übrigen Deutschland die lange ersehnten Regen nieder, die aber in verschiedenen Gegenden des Reichs für den ausgedörrten Boden nicht ausreichten.

Die Winterhalmsfrüchte haben die Trockenperiode verhältnismäßig gut überstanden, obgleich auf leichten Böden — namentlich bei Roggen — etwas Notreise eingetreten ist. Die günstige Beurteilung des vormonatlichen Standes hat sich auch jetzt nicht wesentlich geändert.

Das Sommergetreide wird durchweg weniger günstig beurteilt. Für die Entwicklung dieser Saaten waren die Niederschläge in der zweiten Junihälfte zu spät gekommen und nicht ausgiebig genug.

Auch die Hackfrüchte haben durch die Trockenheit etwas gelitten. Die inzwischen eingetretenen Regenfälle dürften den Schaden jedoch bald wieder ausheilen. Die bereits im Anfang der Blüte stehenden Kartoffeln zeigen häufiger Läden. Das Verpflanzen der Rüben war mangels Regen noch nicht beendet. Manche Rübenfelder mußten, weil sie vertrocknet waren, neubestellt werden.

Der erste Schnitt der Futterpflanzen und Wiesen ist größtenteils beendet. Die Heuerträge sind bei Klee, Luzerne und den feuchten Wiesen zumeist recht befriedigend und von guter Beschaffenheit, bei den trockenen Wiesen geringer. Der Nachwuchs läßt überall sehr zu wünschen übrig, da die abgemähten Flächen ausgebrannt sind.

Unter Zugrundelegung der Zahlennoten 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering ergibt sich über den Stand der Saaten im Reichsdurchschnitt folgende Vegetationslage: Winterweizen 2,4 (im Vormonat 2,4), Sommerweizen 3,1 (2,7), Winterpelz 2,3 (2,4), Winterroggen 2,5 (2,4), Sommerroggen 2,9 (2,8), Winterklee 2,5 (2,5), Sommergerste 2,9 (2,6), Hafer 3,2 (2,8), Kartoffeln 2,7 (2,7), Zuckerrüben 2,8 (2,7), Runkelrüben 2,9 (2,7), Klee 2,7 (2,4), Luzerne 2,7 (2,4), Bewässerungswiesen 2,4 (2,2), andere Wiesen 2,9 (2,6).

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 12. Juli 1925

Wozu?

Ev. Joh. Kap. 9.

Das ist die Frage aller Art: Warum muß das geschehen? Gerade uns? Gerade mir? Es kommt nichts heraus bei diesem Fragen. Selbst wenn wir die Antwort fänden, wäre uns damit geholfen? Es kommt ja bei allen Schicksalen weniger darauf an, ihre vergangenen Gründe zu durchgrübeln, als darauf, sie fruchtbar für die Gegenwart und Zukunft zu machen. Grübeln im Vergangenen macht müde und ungerecht. Besser ist es, wir lernen endlich fragen: „Wozu“ geschieht mir das? Gerade mir? Man sinne einmal nach über das, was Jesus (Joh. 9) seinen Jüngern vor dem Blinden sagt! Da lenkt er auch ihren Sinn vom unfruchtbaren, ewig dunklen „Warum“ zu dem fruchtbaren, schlicht klaren „Wozu“ — nämlich dazu, daß die großen Taten Gottes offenbar werden, „an dir“ durch das Schicksal, das er dir bereitet, um dich dadurch zu segnen, „durch dich“, indem du dich auf die von Gott dir gegebenen Kräfte bestimmst und sie gebrauchst, das Schicksal zu meistern bei dir, das Leid zu lindern bei anderen. Es ist wunderbar, wieviel heller einem das Leben wird, wenn man sich das „Warum“ abgewöhnt in diesen Dingen; wieviel stärker und fruchtbarer es wird, wenn man an alles Leid, eigenes und fremdes, herangeht mit der Frage: „Wozu? Wozu ist mein Leid da? Daß es mich läutert, stärkt, zu Gott führt; und wozu ist das fremde Leid? Daß ich, gerade ich, helfe, tröste, lindere. Diese Erkenntnis klingt an bei Paulus, wenn er sagt: Wir aber wissen, daß denen, die Gott lieben, alle Dinge zum Besten dienen. „Alle“ Dinge — wozu? Zum Besten.

P. S. W.

□ Das Wetter der Woche. Mehr als einmal wollte es in der vergangenen Woche scheinen, als hätte sich der Wettergott im Kalender geirrt; sah doch das Wetter eher nach April als nach Hochsommer. Allerdings blieben die Temperaturen trotz des häufigen Wechsels von Regen und Sonnenschein ziemlich hoch; wo sie vorübergehend stärker gefallen waren, kletterten sie schnell wieder empor. Im allgemeinen lagen sie sogar um 1 bis 2 Grad über den Normalwerten. Die häufigen plötzlichen Niederschläge waren die Folge der Luftdruckstörungen, die in erster Linie von dem Tiefdruckwirbel ausgingen, der Ende vergangener Woche über Polen lag und nur langsam nordwärts wanderte. In seinem Bereich kam es zu starken Niederschlägen, die besonders katastrophal sich in Polen auswirkten, wo das Hochwasser der Weichsel unermesslichen Schaden anrichtete. Während sich gegen Ende der Woche in Norddeutschland das Wetter besserte, kam es im Süden und Westen zu vereinzelt neuen Niederschlägen. Da noch verschiedene kleinere Luftdruckstörungen vorhanden sind, ist im allgemeinen wohl ziemlich warmes Wetter zu erwarten, doch muß mit vereinzelt Gewitterregen gerechnet werden.

Halver, 11. Juli. An dieser Stelle sei auf die im Inzeratenteil angekündete Wanderung der S. G. V. Abteilung Halver, am Sonntag den 12. Juli, von Halver über Marlerheide nach Runderoth, nochmals hingewiesen, Treffpunkt 6 Uhr früh Staatsbahnhof.

Braderfeld, 10. Juli. Sammlung für ein Sanitätsauto. Da die Gemeinde leider nicht in der Lage ist, für unseren, von allem Verkehr abgeschnittenen Ort ein Sanitätsauto anzuschaffen, ist die hiesige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz neuerdings zur Selbsthilfe geschritten und hat in sämtlichen Wirtschaften der Gemeinde Sammelbüchsen aufgestellt, um auf diese Weise Mittel zur Anschaffung des Wagens zu erhalten.

Lüdenscheid, 12. Juli. Die Kreis-Altenaer-Eisenbahn beginnt in der nächsten Zeit mit dem Bau eines größeren kombinierten Hauses, das auf dem Grundstück errichtet wird, auf dem sich früher die Schweizersche Eisenbahn befand. Der Autobusverkehr Markt-Sauerland, dessen Erweiterung die Einstellung von sechs der bekannten blaugelben Wagen erfordert, macht auch den Bau von Einstellhallen für die Wagen notwendig. Diese sollen in dem gedachten Hause geschaffen werden, dessen Unterräume die Wagen aufnehmen sollen, während darüber liegende Wohnungen für das Personal gedacht sind. Nach außen hin handelt es sich um einen architektonisch sehr ansehnlichen Bau.

Halpe, 10. Juli. Die Reichsbahn plant einen Streckenneubau vom Bahnhof Gelsberg-Nord (Rheinische Linie) zum Bahnhof Vogelsang (an der Talbahn Hagen — Altenvoerde). Die Vorbesichtigungen haben bereits stattgefunden. Die Linie dient der Rohstoffversorgung der Halper Industrie.

Remscheid, 9. Juli. In der Zeit vom 29. August bis 13. September soll in der hiesigen Oberrealschule eine sozialhygienische Ausstellung „Mutter und Kind“ veranstaltet werden. Die Ausstellung, die im Jahre 1914 als Wanderausstellung von der Volksborn-Gesellschaft in Dresden geschaffen wurde, ist nach dem Kriege vom deutschen Guttemplerorden übernommen worden.

Vollziehung der Industrie- und Handelskammer zu Lüdenscheid.

hk Lüdenscheid, den 7. Juli.

Nach Eröffnung der Sitzung und Begrüßung der erschienenen Mitglieder berichtete der Vorsitzende zunächst über die 45. Hauptversammlung der Deutschen Industrie- und Handelskammern, die unter Teilnahme der höchsten Reichs- und Landesbehörden (Stellv. Reichspräsident, Reichskanzler, Reichswirtschaftsminister, Handelsminister usw.) einen glänzenden Verlauf genommen hatte. Er machte Mitteilungen über den Bericht des geschäftsführenden Präsidialmitgliedes des Handelstages Reichswirtschaftsminister a. D. Hamm, der in großen Zügen ein Bild über die z. Zt. leider trostlose und kritische Lage der gesamten deutschen Wirtschaft gab, dabei alle Fragen berührend, die einer dauernden Belebung der Industrie und des Handels, namentlich aber des Ausfuhrhandels, im Wege stehen und dringend Berücksichtigung der von der Versammlung hierzu gestellten Anträge forderte. Vizepräsident der Reichsbank Dr. Kaufmann betonte danach, daß an eine Erleichterung des Kredits angeht, die Unsicherheit der Wirtschaftslage vorläufig nicht zu denken sei, zumal vor allem Anderen die Festigkeit der deutschen Währung unter allen Umständen gesichert werden müsse und eine Reinigung der Wirtschaft von lebensunfähigen und überflüssigen Elementen unumgänglich nötig sei. Nach einem Referat über die neuen Steuergesetze, durch welches neben der vollen Sicherheit über Art und Umfang der auszubringenden Steuerlasten vor allem auch Beseitigung des rohen und unerträglichen Systems der Voraus- und Abschlagszahlungen und eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Veranlagung gefordert würde — eine Forderung, die von allen Seiten so auch vom Präsidenten des Reichsfinanzhofes, Struk, unterstützt wurde — erklärte der Vertreter des Reichsfinanzministeriums, daß eine derartige Veranlagung aus technischen Gründen zur Zeit noch nicht durchführbar sei und deshalb im laufenden Jahr noch an den Vorauszahlungen festgehalten werden müsse. Hieran schloß sich ein Bericht über die letzte Sitzung der Interessengemeinschaft mittlerer und kleinerer Industrie- und Handelskammern bez. der Handelskammerreform und im Anschluß daran verlas der Vorsitzende die vor Kurzem von der Vereinigung der südwestfälischen Industrie- und Handelskammern gefaßten folgenden Entschlüsse über Belastung von Handel und Gewerbe durch Steuern und soziale Lasten: a) Steuergesetzgebung:

Die Vereinigung von Industrie- und Handelskammern des südwestfälischen Industriebezirks, umfassend die Kammern zu Altena, Arnsberg, Jerlohn, Lüdenscheid, Siegen und Hagen, hat in ihrer Vollversammlung am 5. Juni ds. Js. beschlossen, die maßgeblichen Reichs- und Landesbehörden zu bitten, alles nur Erforderliche zu tun, um die unerträglichen Steuerlasten zu mildern. Die Vereinigung fordert von der Reichsregierung, und den Landesregierungen, daß sie selbst die größte Sparlichkeit und die möglichste Beschränkung der Ausgaben auf das zur Aufrechterhaltung der Verwaltung notwendige Maß obwalten lassen und daß die oberen Behörden energisch auch nach dieser Richtung hin auf die Gemeinden einwirken. In der Beschränkung der Ausgaben hat das vornehmste Ziel der Steuerreform zu liegen.

Das System der Vorauszahlungen muß mit der größten Beschleunigung beseitigt werden. Die vierteljährlichen Vorauszahlungen bringen nach dieser Richtung für die Industrie gegenüber dem Zustand der monatlichen Vorauszahlungen nicht die gewünschten Erleichterungen. Die Vereinigung fordert eine möglichst beschleunigte Aenderung des gesamten Systems der Vorauszahlungen. Ferner bekämpft die Vereinigung die Bestrebungen bestimmter Parteien zur Entlastung der indirekten Steuern die bestehenden direkten Steuern zu erhöhen. Durch eine derartige Maßnahme würde die für das Wirtschaftsleben unbedingt notwendige Kapitalneubildung unterbunden. Weiter wird verlangt, daß bei der Steuerreform mit Rücksicht auf die Entwicklung der Volkswirtschaft die richtigen Steuerquellen erfaßt werden und das diese Steuerquellen nicht durch allzu scharfes Ausschöpfen zum Versiegen kommen.

Es ist eine gerechte Steuererhebung unter Berücksichtigung einer gleichmäßigen Belastung der Allgemeinheit zu erstreben, wobei besonders bestimmten Gruppen nicht große Erleichterungen auf Kosten anderer Kreise zu gewähren sind. Die Gleichmäßigkeit der Besteuerung ist so zu verstehen, daß der Steuerpflichtige nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, gemessen an der Höhe seines Einkommens, herangezogen wird.

Mit ganz besonderer Sorge erfüllt die Vereinigung von Industrie- und Handelskammern des südwestfälischen Industriebezirks die ungeheure Vermehrung der steuer-

lichen Lasten seitens der Kommunen. Wie eingangs schon erwähnt, muß hier von den Aufsichtsbehörden verlangt werden, daß sie mit größerer Energie als bisher die Gemeinden zu größter Sparlichkeit anhalten und das den ministeriellen Erlassen in den Gemeinden größere Beachtung geschenkt wird als bisher.

Die Vereinigung fordert hier insbesondere, daß das preußische Gewerbesteuerreformgesetz in dem Sinne, daß den Gemeinden andere Steuerquellen erschlossen werden. Die Deckung der Gemeindeforderungen aus der Grundvermögenssteuer und den Gewerbesteuerarten ist nicht mehr länger zu ertragen. Den Gemeinden muß wieder die Möglichkeit gegeben werden, die Aufbringung ihrer Lasten auf die breitesten Schultern zu verteilen. Es kann dies nur in der Weise geschehen, daß den Gemeinden wieder ein Zuschlagrecht zu der Einkommensteuer gegeben wird.

b) Belastung durch die soziale Gesetzgebung: Die Vereinigung von Industrie- und Handelskammern des südwestfälischen Industriebezirks, umfassend die Kammern zu Altena, Arnsberg, Jerlohn, Lüdenscheid, Siegen und Hagen, sieht mit besonderer Besorgnis das Anwachsen der Lasten für die Sozialversicherung und soziale Fürsorge. Schon jetzt haben sich die Kosten für diese Zwecke zum Teil weit über das hinaus erhöht, was in Friedenszeiten von Industrie- und Handel gefordert worden ist. Dabei muß aber bedacht werden, daß in einer Zeit des wirtschaftlichen Wohlstandes derartige Ausgaben verhältnismäßig leicht aufzubringen sind. Heute aber bezieht sie die Steigerung der sozialen Aufkosten für außerordentlich gefährlich, da die Erweiterung der Sozialpolitik durch die Erhöhung der Beiträge zu allen Einrichtungen der Sozialversicherung den Betrieben die geringen flüssigen Mittel zu entziehen droht und die ertraglose Wirtschaft die erhöhten Lasten nicht tragen kann.

Trotzdem diese Lage von allen wirtschaftlichen Verbänden immer wieder den maßgebenden Stellen vorgebracht worden ist, stellt die Vereinigung mit Bedauern fest, daß das Reichsarbeitsministerium sich über diese Einwendungen hinwegsetzt und neue Gesetzentwürfe vorbereitet, die eine weitere schwere Belastung für soziale Zwecke enthalten.

Der Gesetzentwurf über die Aenderung der Unfallversicherung, die Erweiterung in der Angestelltenversicherung, der beabsichtigte Ausbau der Krankenversicherung u. a. m. sehen zu den schon jetzt bestehenden untragbaren Lasten Mehrforderungen für die Industrie und den Handel vor, die zur größten Beunruhigung Anlaß geben.

Die Vereinigung von Industrie- und Handelskammern des südwestfälischen Industriebezirks glaubt daher eindringlich vor der Erweiterung der sozialen Fürsorge warnen zu müssen; sie ist im gegenwärtigen Augenblick als undurchführbar und untragbar für das selbständige Gewerbe abzulehnen. Die Vereinigung fordert mit Entschiedenheit die Ablehnung der Gesetzentwürfe, die neue Lasten mit sich bringen und ferner eine Beschränkung der bestehenden sozialen Einrichtungen auf ein wirtschaftlich erträgliches Maß. Sie fordert weiter, daß die maßgebenden Stellen bei ihren Plänen und Zielen mehr als bisher die schwierige Lage der deutschen Wirtschaft berücksichtigen, die wahrlich keine weiteren Belastungen mehr erträgt. Diese Resolutionen fanden die volle Billigung der Vollversammlung. Fortsetzung folgt.

Nah und Fern.

○ Ein deutscher Verlag gegen Amundsen. Der Lehmannsche Verlag in München, der die früheren Werke von Amundsen verlegte und dem nun auch der Flug nach dem Nordpol angeboten wurde, hat das Anerbieten mit der Begründung abgelehnt, daß Amundsen im Kriege das Feindverhältnis zwischen sich und der deutschen Nation zerschnitten habe, und daß er die Deutschland zugefügte Kränkung noch nicht wieder gutgemacht habe.

○ Flugdienst Dortmund—Rotterdam. Am kommenden Montag richtet die Luftverkehrs-A. G. Weßfalen (Wefu) in Gemeinschaft mit der Königlich Holländischen Luftfahrtgesellschaft und der Deutschen Aero-Flug-A. G. einen regelmäßigen werktäglichen Flugdienst von Dortmund nach Rotterdam ein. Am 1. August soll die Linie Dortmund—Rotterdam bis Amsterdam durchgeführt werden. Das Flugzeug wird dann nach einer Zwischenlandung in Rotterdam um 4 Uhr 40 Minuten nachmittags in Amsterdam eintreffen.

○ 200 000 Kilometer im Flugzeug zurückgelegt. Der Hamburger Junfers-Flieger Witte hat mit seinem letzten Flug Malmö—Hamburg seit 1920 eine Gesamtflugstrecke von 200 000 Kilometer zurückgelegt. Die von ihm durchflogenen Strecken betragen die viermalige Äquatorlänge.

○ Die Hochwasserschäden in Duisburg. Die Duisburger Stadtverwaltung hat den durch das Hochwasser des Rheins geschädigten Personen 1 928 000 Mark Schadenersatz geleistet. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Oberingenieur und einen Werkmeister, die an dem Versagen der Marienthaler Schleuse schuld sein sollen, ein Strafverfahren eingeleitet.

Kleine Nachrichten.

Das Inkrafttreten der Aufwertungsgesetze.

Berlin, 10. Juli. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der Reichsrat alsbald, nachdem der Reichstag die Aufwertungsgesetze verabschiedet hat — man rechnet damit, daß das am 15. Juli der Fall sein wird —, sich seinerseits mit der Frage des Einspruchs zu den Aufwertungsgesetzen befassen. Die Gesetze würden dann am 15. Juli in Kraft treten können.

Empfänge beim Reichspräsidenten.

Berlin, 10. Juli. Der Herr Reichspräsident empfing heute den Vorstand des Deutschen Stbundes, bestehend aus Geh. Oberregierungsrat von Tilly, Bundesdirektor Gieseler, Kommerzienrat Berger, Geh. Regierungsrat Schmid, Verwaltungsdirektor Scheffen, Rektor Schöber und Frau Professor Hösch zur Entgegennahme der Glückwünsche des Bundes zum Amtsantritt und eines Berichts über die Arbeit des Stbundes. Ferner empfing der Herr Reichspräsident heute als Vertreter der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands die Herren Generalmajor Graf von der Goltz, Generalleutnant a. D. von Gramont, Reichstagsabgeordneter von Goldacker, Professor Dr. Goerde-Brandenburg und Oberst a. D. Friedrichs, die ihm die Glückwünsche der Verbände für seine Amtsführung ausbrachen. Aus Anlaß der in Potsdam stattfindenden Hundertjahrfeier der alten Unteroffizierschulen überreichte heute Generalleutnant von Eberhardt mit einer Abordnung der Vereinigung ehem. Unteroffizierschüler dem Herrn Reichspräsidenten eine Glückwunsch- und Dankadresse.

Englischer Bankierbesuch in Berlin.

Berlin, 10. Juli. Der Gouverneur der Bank von England, Mr. Montagu Norman, und der Gouverneur der Federal Reserve Bank of New York, Mr. Benjamin Strong, sind in Berlin zu einem privaten Besuch des Reichsbankpräsidenten eingetroffen. Die Herren beabsichtigen, mit dem Reichsbankpräsidenten die Beziehungen zu erörtern, wie sie sich aus dem natürlichen Verkehr zwischen ihren Instituten ergeben und daraus resultieren, daß die genannten Banken gegenseitig miteinander seit langem in regelmäßigem Geschäftsverkehr stehen.

Gutachten im Angerstein-Prozess.

Limburg, 10. Juli. Als erster Gutachter im Angerstein-Prozess erklärte Medizinalrat Dr. Denbaum, daß bei Angerstein sich nichts von einer erblichen Vererbung in geistiger Beziehung feststellen lasse. Er verneint darauf die Frage, ob Angerstein die Mordtaten im Zustande der Bewußtlosigkeit begangen haben könnte.

Provinzial-Landspferausstellung.

Köln, 10. Juli. Die von der Landwirtschaftskammer der Rheinprovinz im Rahmen der Grünen Messe veranstaltete Provinzial-Landspferausstellung begann heute bei außerordentlich regem Besuch. Die Schau ist mit 430 Pferden besetzt, die im wesentlichen der schweren rheinisch-bergischen Rasse angehören.

Deutscher Spartakustag in Köln.

Köln, 10. Juli. Heute begannen in der großen Messehalle in Köln-Deutz die Verhandlungen des Spartakustages. Reichsminister a. D. Dr. Schulz eröffnete die Tagung. Ministerialdirektor Dr. Mulert, der Vertreter der preussischen Aufsichtsbehörde, zeichnete in knappen Umrissen das Bild der Spartakusentwicklung der letzten zwei Jahrzehnte. Nach ihm ergriff der Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Spartakus in Österreich das Wort. Im Anschluß hieran begann die angesehene Vortragsreihe. Sie wurde von Prof. Dr. Bedmann eröffnet, der über die Zukunft der deutschen Kapitalbildung sprach.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Ausbruch des Bauarbeiterstreiks.) Die Spitzenorganisationen des Deutschen Bauarbeiter-Bundes hatten eine Versammlung einberufen, in der über den vor einiger Zeit gefällten Schiedsspruch für einen neuen Lohnstarif beraten wurde. Nach der Versammlung, in der die Redner zur Arbeitsniederlegung aufforderten, wurde eine Urabstimmung vorgenommen. Sie ergab eine überwältigende Mehrheit für den Streik. Es wurde beschlossen, vom 10. Juli bis zur Wiederaufnahme neuer Lohnverhandlungen die Arbeit ruhen zu lassen. Von dem Streik sind in Berlin ungefähr 20 000 Arbeiter betroffen.

Köln. (Die Lohnbewegung im rheinischen Braunkohlenrevier.) Die unter dem Vorsitz des staatlichen Schlichters für die Rheinlande, Dr. Fötten, geführten Lohnverhandlungen für das Braunkohlenrevier haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Arbeitgeber lehnten jede Lohnverhandlung unter Hinweis auf die Innehaltung des Vertrages ab.

Elberfeld. (Einigung im Wuppertaler Transportgewerbe.) Im Wuppertaler Transportgewerbe kam es zu einer Einigung dahingehend, daß die Löhne um 8,4 % erhöht werden. Das Lohnabkommen läuft bis auf weiteres und kann frühestens zum 30. November d. A. kündigt werden.

Welt und Wissen.

W. Lohar Megendorfer gestorben. Wer kennt sie nicht, die „Megendorfer-Blätter“, die mit ihren schönen bunten Bildern und ihren meist harmlos-gemüthlichen Witzen ein richtiges Familienwöchentliches geworden sind! Der Begründer dieser lustigen Wochenschrift, der Kunstmalers Lohar Megendorfer, ist jetzt als Greis von 78 Jahren in München gestorben. Als Zeichner der „Fliegenden Blätter“ hatte er einst begonnen und Freunde gefunden, bis er dann eines Tages auf den Gedanken kam, ein Konkurrenzwöchentliches zu rufen. Aber er blieb auch bei seiner eigenen Schöpfung nicht allzulange und übernahm nach Austritt aus der Redaktion des Blattes, das seinen Namen trug, die Redaktion der „Lustigen Woche“. Daneben schuf er zahlreiche bunte Bilderbücher, Genrebilder, Bildnisse und — Gesellschaftsspiele. In seinen Mußestunden aber betätigte er sich als „bayerischer Bauer“, trieb Viehzucht und Ackerbau und huldigte, wenn es Abend wurde, der Musik, indem er mit Begeisterung die Gitarre zupfte.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Urteilsverkündung im mecklenburgischen Kommunistenprozeß. Nach fünfjähriger Verhandlung wurde in dem Prozeß gegen die 19 mecklenburgischen Kommunisten vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik das Urteil verkündet. Wegen Vergehens gegen §§ 5, 6 und 7 des Republiksschutzgesetzes, §§ 6 und 7 des Sprengstoffgesetzes, unbefugten Waffenbesitzes und schweren Diebstahls wurden verurteilt: der Angeklagte Schulz zu drei Jahren, die Angeklagten Mahnte, Jamar, Mahlo und Glade zu je zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, Meyer zu zwei Jahren Zuchthaus, Engelmann zu einem Jahr vier Monaten Zuchthaus, Ahlers zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis, Müller und Kummer zu je zwei Jahren Gefängnis und alle Angeklagten außerdem zu Geldstrafen in Höhe von 150 und 300 Mark. Ferner wurden verurteilt Willrodt zu acht Monaten Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, Siegelkow zu drei Monaten Gefängnis und 30 Mark Geldstrafe.

§ Rehnig freigesprochen. In dem Prozeß gegen den Landwirt Rehnig, der bei einem Zusammenstoß am Tage vor der Wahl in Berlin den Reichsbannermann Schulz erschossen hatte, erkannte das Gericht auf Freispruch des Angeklagten.

§ Die Darwinsche Abstammungslehre vor Gericht. In Davon (Tennessee) begann der Prozeß gegen den Hochschullehrer Scopes, der sich im Unterricht für die Darwinsche Abstammungslehre eingesetzt hatte. Die Stadt ist von Besuchern überfüllt und es herrscht wegen des bevorstehenden Kampfes zwischen den Verehrern der Bibel einerseits und der Entwicklungslehre andererseits große Erregung. Scopes wird hierbei nur noch als Nebenfigur angesehen.

Börse und Handel.

Der Geld- und Kapitalmarkt.

Die Situation am Geld- und Kapitalmarkt hat sich in der letzten Woche wenig verändert. Die Reichsbank mußte, wie aus ihrem letzten Ausweis zu ersehen ist, 1735 Millionen an die Wirtschaft kreditieren, während am Märzultimo 1439 Millionen genügt haben. Abgesehen davon sind in den letzten Wochen größere Devisenverkäufe vorgenommen worden, um

einer Entspannung des Geldmarktes aus dem Wege zu gehen. Die Bemühungen deutscher Städte, in New York langfristige Darlehen zu erhalten, waren teilweise mit Erfolg gekrönt. Nach Berlin und Köln, die je 15 Millionen Dollar zu einer 7½ igen Realverzinsung erhalten haben, sollen nun auch Bremen und Heidelberg kleinere Kredite bekommen. Die Kommunen haben gute und regelmäßige Einnahmen und werden von den Gläubigern bei der Auswahl der vielen Bittsteller scheinbar bevorzugt. Von den Konzernen hat nur ein weniger bekannter, Brown Boveri, der zum Teil schweizerischen Besitz hat, eine Anleihe erhalten können. Die Entlassungen bei Thyssen, die Kreditanstrengungen der Firma Krupp, die unerfreuliche Lage der Textilindustrie wirken auf die deutschen Wirtschaftsverhältnisse ebenso ungünstig wie die unzureichende Aufwertung der Kriegsanleihen und übrigen Staatsanleihen. Da zu diesen Misere ab 1. September die regelmäßigen Reparationszahlungen neu hinzutreten, beurteilt die Börse die Aussichten für die deutsche Wirtschaft weiterhin pessimistisch. Die geringeren Einfuhrziffern und die damit verbundene kleinere Passivität der deutschen Handelsbilanz deuten eher auf ein Kapitalarmut als auf eine Besserung der Geldverhältnisse hin.

Ämtliche Berliner Notierungen vom 10. Juli.

* Borsenbericht. Die Tendenz war stark abgeklaut und allgemein bröckelten die Kurse weiter ab. Inländische Anleihen wurden noch nicht amtlich notiert, jedoch vielfach inoffiziell gehandelt; auf das Gerücht hin, daß die Sozialdemokraten im Reichstag für völlige Streichung der Aufwertung des Reichsschatzes von Anleihen eintreten wollten, gab es sehr scharfe Kursabschläge. Kriegsanleihe sank bis 0,29 %. Am Geldmarkt dagegen ist die Lage etwas leichter geworden, tägliches Geld stellte sich auf 9—10 %, monatliches Geld auf 10,20—11 %.

* Devisenbörse. Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,39 bis 20,44; holl. Gulden 168,12—168,54; Danz. 80,83 bis 81,03; franz. Franc 19,71—19,75; belg. 19,41—19,45; schweiz. 81,46—81,66; Italien 15,50—15,54; schwed. Krone 112,60—112,88; dän. 86,29—86,51; norweg. 73,71 bis 73,89; tschech. 12,42—12,46.

* Produktenbörse. Getreide und Ölsaaten pro 1000 Kilogramm, sonst pro 100 Kilogramm.

	10 7	9 7		10 7	9 7
Weiz., märt.	—	—	Weizfl. f. Br.	12,7-12,8	12,8
pommerscher	—	—	Rogfl. f. Br.	13,3-13,4	13,4
Rog., märt.	226-230	230-232	Raps	340-355	340-355
pommerscher	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuss.	—	—	Wittor.-Erbf.	28-34	28-34
Futtergerste	200-215	202-216	fl. Speiseerbs.	25-26,5	25-26,5
Brauergerste	198-211	200-203	Futtererbsen	22-26	22-26
Hafer, märt.	233-242	233-242	Beluschten	23-26	23-26
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	—	—
westpreuss.	—	—	Widen	25-27	25-27
Weizenmehl	—	—	Lupin, blaue	12-13	12-13
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin, gelbe	15,0-16,5	15,0-16,5
fln. br. inf.	—	—	Serabell	—	—
Sad (feinst)	—	—	Rapsfuchen	15,4-15,6	15,4-15,6
Wrl. n. Rot.	33,5-36	33,5-36	Leintuchen	22,4-22,6	22,4-22,6
Roggenmehl	—	—	Trodenschl.	10,6-11,0	10,4-11,0
p. 100 Kil. fr.	—	—	vw. Zuchsch.	—	—
Berlin br.	—	—	Torschl. 30/70	9,5	9,6
inf. Sad	31,0-33,2	31,2-33,2	Kartoffelst.	23,9-24,3	23,9-24,1

Schriftleitung Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Zwangsversteigerung.

Montag, den 13. d. M. vorm. 10 Uhr werde ich im Preußenhof in Halver einen größeren Posten

Kolonialwaren, Erbsmehl, Vollmehl und andere Sachen

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Langner, Obergerichtsvollzieher in Lüdenscheld.

Beim Einkauf vergessen Sie nicht



Kannegiesser's Kaffee

In 1/2 Pfund-Packungen aus der Kaffee-Großrosterie Robert Kannegiesser, Barmen Gegr. 1844.

Aufnahmen

für die Provinzial-Feuersozietät, Lebens-, Unfall-, Haftpflichtversicherung, Selbsthilfe etc. übernimmt

H. NOLTE,

Architekt und Geschäftsführer der Provinzial-Feuersozietät, Dahlebrück.

Inferieren bringt Gewinn!

Bausteinfabrik G. m. b. H. Kierspe i. W.

Telefon: Amt Meinerzhagen 102. Lager am Wildenkühlen.

Holz-, Kohlen-, Baustoffhandlung. Hoch- und Tiefbau

Ziegelsteine	Rheinsand	Zement	Cementrohre	Spalierlatten
Schwemmsteine	Putzsand	Sackkalk	Tonrohre	Dachlatten
Bruchsteine	Schlackensand	Weißkalk	Krippenschalen	Schalbretter
Steinschlag	Bimskies	Löschkalk	Schweineböge	Bord
Betonspalt	Gartenkies	Wandplatten	Spülsteine	Bohlen
Cementdielen		Fußbodenplatten		Kirchensparren

Kohlen, Briketts, Eisen. Herstellung schlüsselfertiger Bauten.

la Woll- und Haarhüte in allen Preislagen, Klappzylinder mit u. ohne Leder, Klub-, Flieger- und Sport-Mützen,

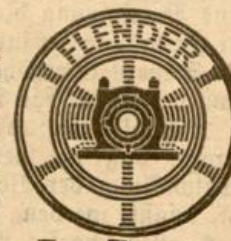
Bielefelder Oberhemden, Kragen, Vorhemden usw.

Regenschirme u. Spazierstöcke, Normal- u. Mako-Wäsche schwarz u. farbige Glacéhandschuhe für Damen und Herren. Portemonnaies, Taschenspiegel, Hosenträger, Taschentücher usw. Krawatten u. Seidenbinder.

Nur das Neueste.

Fr. Kattwinkel, Halver.

Feder-Hämmer Fall-Hämmer



Landwirtsch. Maschinen

Transmissionsanlagen Holzriemscheiben

erstklassige Ausführung, in allen Dimensionen sofort oder schnellstens lieferbar. Großes Lager in Holzriemscheiben.

E. u. H. Eicker, Oberbrügge-Ehringhausen, Fernsprecher 159 Amt Halver.



Flügel-Pianos

der Hofpianofabriken Bach, Schiedmayer & S., Schwechten, Zeilert & Winkelmann, Spaethe, etc.

Fernruf 4165. Bequeme Zahlg. Freie Lieferung. Dr. KOMP & MICHAEL, HAGEN I. W. Das Haus der Marken-Klaviere Weststraße 2, Ecke Karlstraße.

Die Wörlshofener

Spezial-Tee-Kuren

haben sich glänzend bewährt bei Gicht-Rheuma, Ischias, Gallensteine, Asthma, Entfettung, Blutrreinigung, Magen-Verdauung, Brust-Lungen, Nieren-Blesen etc. Allein echt Wörlshofener-Naturheil, Elberteld. Niederlage: Halversche Med.-Drogerie Carl Menke, Halver.

Neu eingetroffen!



Niederlage bei: Wilh. Bell jr., Halver. Kirchstraße 5.

Gustav Schröder, Schalksmühle.

Berg.-Märk. Milchproduzentenverband Ortsgruppe Schwenke.

Dienstag, 14. Juli cr. nachm. 7 Uhr im Lokale Emil Schulte, Ennepe

Versammlung

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu den neuen Milchpreisen.
 2. Einführung der tierärztlich. Stallkontrolle.
 3. Verschiedenes.
- Die Mitglieder werden gebeten vollständig in der Versammlung zu erscheinen, da die Milchpreisregelung auf ganz neuer Grundlage erfolgt ist. Die noch rückständigen Beitragsbücher sind in der Versammlung abzugeben.

Der Vorstand.

Berg.-Märk. Milchproduzentenverband Ortsgruppe Anschlag.

Dienstag, d. 14. Juli nachm. 6 Uhr bei Fr. Funke, Wilhel. Höh

Versammlung

Tagesordnung:

1. Rechnungsablage
2. Besprechung über die a. 16. Juli beginnende Stallkontrolle.
3. Verschiedenes

Der Vorstand.

Allg. Ortskrankenkasse Kierspe.

Ausschuss-sitzung

Samstag, den 18. Juli nachm. 5.30 Uhr bei Gastwirt Bastian, Kierspe-Whf.

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über den Kauf eines Geschäftslokalbauplatzes. Es liegen zwei Angebote vor.
2. Verschiedenes.

Kierspe, d. 9. Juli 1925. Der Vorsitzende.